

Ressort: Politik

SPD stellt weitere Bedingungen für Große Koalition

Berlin, 26.11.2017, 18:16 Uhr

GDN - Vor dem Gipfeltreffen von Union und SPD bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag formulieren maßgebliche Sozialdemokraten erste inhaltliche Forderungen für eine Regierungsbildung. Der mächtige Landesverband Nordrhein-Westfalen, der eine große Koalition mehrfach abgelehnt hatte, wiederholt dieses Nein in einem Brief an die SPD-Führung nicht mehr, sondern formuliert Kernpunkte aus dem Wahlkampf als "Grundlage für die Gespräche".

Über das Schreiben an Parteichef Martin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles berichtet die "Süddeutsche Zeitung" in ihrer Montagausgabe. Die NRW-SPD, aus der auch Schulz kommt, spielt eine Schlüsselrolle in der Debatte über Schwarz-Rot. Gegen sie hätte eine große Koalition bei den Genossen keine Chance. Mit ihrem Brief passen sich Landeschef Michael Groschek und Generalsekretärin Svenja Schulze nun dem neuen Kurs der Bundesspitze an, die vom strikten Nein abgerückt ist. Zwar hätten sich "unsere grundsätzlichen Erwägungen, nicht erneut in eine große Koalition einzutreten", auch nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen nicht verändert, schreiben sie. Doch die SPD gehe mit der Situation "verantwortungsvoll" um. Man begegne der Union allerdings "mit großem Misstrauen", heißt es weiter. Sie sei in der vergangenen Legislaturperiode "an vielen Stellen wortbrüchig geworden". Es gebe auch "keine gemeinsamen Ziele zwischen Union und SPD", schreiben Groschek und Schulze. Im Anschluss formulieren sie Kernforderungen aus sechs Themenfeldern. Dazu gehört eine Rentenreform mit dem Ziel, das Rentenniveau zu sichern und perspektivisch auf rund 50 Prozent anzuheben. Zudem wollen sie "das Ende der Zwei-Klassen-Medizin", also "eine paritätisch finanzierte Bürgerversicherung". Diese gehört seit Langem zu den wichtigsten Forderungen der SPD. Bei der CDU dürfte sie aber auf harten Widerstand stoßen. CSU-Chef Horst Seehofer galt hingegen in der Vergangenheit als Anhänger eines solchen Systemwechsels. Außerdem wollen die NRW-Genossen eine Reform der Einkommensteuer, "die untere und mittlere Einkommen sowie Familien entlastet und zugleich aufkommensneutral ist". Über die "deutlich höhere" Besteuerung besonders hoher Vermögen wollen sie ein Investitionsprogramm in zweistelliger Milliardenhöhe "für die Bereiche Bildung, Kommunen und Wohnen" finanzieren. Dafür eigne sich die Erbschaftsteuer. Gefordert wird zudem eine "europäische Sozialunion". Eine Obergrenze für Flüchtlinge lehnen die Genossen ab.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-98204/spd-stellt-weitere-bedingungen-fuer-grosse-koalition.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com